

Richard Meng

Damit die Geister sich scheiden

In der Politik gibt es wieder große Richtungsfragen. Erfolgreiche Antworten aber müssen vor allem eines wiederherstellen: Zutrauen in die Politik.

Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.



senatssprecher@skzl.verwalt-berlin.de

Es ist eine verquere Zeit, dieses Politik-Jahr 2008. Oberflächlich scheint es, als könne nach dem Ende der Landtagswahlkämpfe des Frühjahrs plötzlich jeder mit jedem koalieren – wenn er nur will. Gleichzeitig wird dem Land von denen, die sich immer rundherum neoliberal gaben und das historische Ende allen Rechts-Links-Denkens propagierten, ein allumfassender Linkstrend bescheinigt. Zudem scheinen sich machtpolitische Weichenstellungen mehr denn je auf Personen und ihre mediale Akzeptanz zu reduzieren. Als ob sich jegliche Strategiediskussion nur noch über künftige Kanzlerkandidaturen entscheiden würde. Und die vermeintlich clevere Lehre aus der Wahl in Hessen, Koalitionsausagen nur noch sehr vage zu formulieren, wird den Trend zum programmatischen Versteckspiel noch verstärken. Wenig erfreulich für alle, die mehr erwarten als tagesbezogenes Management.

Nun gibt es ja in CDU und CSU – über den Arbeitnehmerflügel hinaus – durchaus Positionen, die mit dem Etikett »klassisch-rechts« nichts mehr zu tun haben. Bei SPD und *Grünen* gibt es Gruppen, die letztlich für eine moderat-neoliberale Politik stehen. Die Trennschärfe zwischen den Farben fehlt schon lange. Sie war, was erst rückblickend richtig bewusst wird, oft auch eher durch regionale Traditionen be-

dingt, vor allem aber war es eine kulturelle Trennschärfe – weit mehr als eine inhaltlich-substanzielle.

40 Jahre nach 1968 ist der damalige Kulturbruch für die Jüngeren kaum mehr nachfühlbar. Speziell mit jedem Generationenwechsel bei den Konservativen wurden die Politiker seitdem einander kulturell wieder ähnlicher, was allein heute schon manch neue Koalitionsannäherung erleichtert. Fast 20 Jahre nach 1989 verblasst sogar das gesellschaftliche Empfinden für die fundamentale ideologische Spaltung der Nachkriegszeit, für die damalige Einseitigkeit west-konservativer Feindbilder ebenso wie für die Verbrechen des spießig-staatsautoritären Systems im Osten. Die Reintegration der politisch Interessierten (Ost) in ein demokratisches Parteiensystem – soweit sie nicht persönlich schuldig wurden – ist so weit voran geschritten, dass Abgrenzungen allein mit der Historie nicht mehr zu begründen sind.

Was heutzutage dann rechts ist, was links und wo die Mitte steht: Das sind zwar Uraltfragen, republikgeschichtliche Dauerbrenner. Aber sie stellen sich neu, anders. Die Antworten sind komplizierter, weil nicht mehr so klar ist, woran sich die Geister scheiden. Natürlich bleibt die passive politische Mitte entscheidend, wenn man gesellschaftliche Mehrheiten anstrebt und nicht nur passable Parteiergebnisse. Diese Mitte wird plakativ umworben, aber sie will politisch abgeholt sein. Klassisch entweder – im Sinne konservativer Mehrheitsbildung – durch Sicherheitsversprechen. Oder – klassisch für links – durch Veränderungsziele. Aber mittlerweile eben auch gerade von links durch Sicherheitsargumente und von rechts/neoliberal

durch Reformideologie. Was die Umkehrung der alten politischen Psychologie mit sich bringt.

Das neue Entweder-oder

Es ist viel zu platt geworden, mit dem Argument der Rücksichtnahme auf die politische Mitte letztlich Reformpassivität zu propagieren. In Zeiten der Globalisierung ist nicht mal mehr Status-Quo-Sicherung erreichbar, ohne zu Veränderungen bereit zu sein: In diesem Sinne zumindest war die Agenda-Philosophie in der zweiten Hälfte der Schröder-Jahre richtig und unumkehrbar. In ihrer prinzipiellen inhaltlichen Anpassungsbereitschaft an die großen ökonomischen Trends war sie aber eben auch keine linke mehr. Woraus jetzt die Konsequenz folgt: Wer eine reformfähige Mitte-Links-Mehrheit in der Gesellschaft erreichen will, muss deutlich machen, dass es einen anderen, sozialeren Weg gibt als nacheilende neoliberale Anpassung. Veränderungen ja, aber auch in Richtung Gerechtigkeit. Und genau da gibt es sie jetzt wieder, die trennscharfen politischen Richtungsfragen.

Erstens: Ist soziale Gerechtigkeit eine Zugabe, die nur beim Verteilen von Überschüssen Bedeutung hat – oder muss sie als Prinzip gerade dann greifen, wenn dazu das Austragen von Interessenkonflikten nötig wird? Die Mindestlohndebatte hat hier einen neuen Funken geschlagen. Mindestlöhne sind nun einmal nicht im Interesse von Arbeitgebern mit Dumpinglohn-Philosophie. Also muss ein Prinzip – existenzsichernde Entlohnung von Ganztagsarbeit – gegen Teile der Wirtschaft durchgesetzt werden. Nicht zuletzt gegen jene Teile, denen in den vorangegangenen Jahren das Geschäft erleichtert worden war. Echter Konsens ist nicht zu erwarten.

Zweitens: Sind Einkommens- und Renditeerwartungen tolerabel und sozialverträglich, die weit oberhalb des Produkti-

vitätsfortschritts liegen? Sowohl bei Managergehältern als auch bei Renditezielen – von Banken bis hin zu Medienunternehmen – wird unter Hinweis auf globalisierungsübliche Trends argumentiert, jeder nationalstaatliche Eingriff sei systemfremd und schade angesichts der internationalen Finanzmarkt Konkurrenz der Volkswirtschaft. Aber internationale Regulierung gegen Profitgier wird nie am Anfang einer Gegenbewegung stehen. Hier müssen einzelne, zumal wirtschaftsstarke Länder vorgehen. Im inneren Konflikt, notfalls.

Drittens: Geht es letztlich nicht – auf dem Umweg über das Thema Staatsfunktionen – um den Spielraum von Politik schlechthin? Der Versuch in der Finanzpolitik etwa, aus dem solidarischen Steuerstaat einen verbrauchsbezogenen Gebührenstaat zu machen, ist sogar demokratiepolitisch gefährlich. Bildung, Mobilität, Umweltschutz, Gesundheit sind ureigene Interessen aller. In diesen Kernbereichen weist eine Ideologie der Privatisierung in die falsche Richtung. Politik, die hier nichts mehr zu bestimmen hätte, täuscht demokratische Macht nur noch vor. Mehr Wettbewerb um Qualität, der dringend ist, muss es auch in öffentlicher Regie geben. Um den Preis des Streits.

Viertens: Bleibt dabei nicht immer die entscheidende Frage die, ob Politik dazu beiträgt, die Gesellschaft zusammenzuhalten? Aufstiegschancen durch Bildung für alle gehören allemal dazu. Initiativen gegen das Auseinanderdriften der Milieus auch. Der weltweite Trend ist eindeutig, Arm und Reich entfernen sich voneinander – materiell, sozial, häufig auch kulturell. Manchmal ist Politik schlicht dazu da, gegenzuhalten. Das beginnt bei den Alltagsthemen der großen Mehrheit, bei Rentenhöhe oder Zwei-Klassen-Medizin. Und umfasst daneben die Parteinahme für alle, die keine eigene laute Stimme (mehr) haben. Verteilungsfragen nannte man das früher. Sie mit naivem Idealismus zu beantworten, reicht lange nicht mehr. Aber auch sehr konkrete,

praktische Antworten können Interessenkonflikten nicht ausweichen. Was keineswegs wirtschaftsfeindlich ist, sondern langfristig gedacht nachhaltiges privates Wirtschaften überhaupt erst sichert. Hier in fairer Weise politisch zuzuspitzen, kostet Kraft – aber es ist unvermeidlich.

Fünftens: Bleiben ambitionierte umweltpolitische Ziele abstrakt oder traut die Politik sich, sie auch gegen Widerstände durchzusetzen? Beim Klimaschutz wurde international von der Kanzlerin viel zugesagt. Praktische Konsequenzen würden kurzfristig hohe Investitionen erfordern und damit private Gewinnentnahmen erschweren. Bis hinein in die Energiepolitik darf deshalb ökonomisches Kurzfrist-Denken nicht dominieren. Die Atomkraft etwa mag bei Kurzfrist-Abwägung (kalkulierbare Kosten, relative Energie-Unabhängigkeit, CO₂-Vorteil versus Unfallgefahr) tatsächlich erneut attraktiv erscheinen. Doch zur Gesamtrechnung gehört, dass jedes Wackeln bei der Priorität für erneuerbare Energien Zeitverzug bei Zukunftstechnologien bewirkt. Und wegen der unlösbaren Atom-Entsorgungsfrage würde die Umweltbelastung nur in die ferne Zukunft verschoben. Das muss ausgefochten werden.

Sechstens: Bleibt internationale Verantwortung eine Schönwetterfloskel oder wird sie konsequent umgesetzt – auch wenn daraus kurzfristig Ausgaben- bzw. Einkommensverzichte im Inland folgen? Die Konsequenzfrage einer prinzipiell multilateralen Außenpolitik in Zeiten der Globalisierung stellt sich gerade *nicht* vorrangig als Frage nach konsequenter Militärintervention, wie es der US-Philosophie entspricht. Es ginge um konsequente, international vernetzte Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik. Letzteres auch gegenüber autokratischen Regimes in energiepolitisch wichtigen Ländern oder großen Staaten, die Absatzmärkte der Zukunft sind. Ersteres – siehe speziell Afrika – mit einem nachhaltigen, langfristigen Ansatz und weit umfassender als bisher. Die Ziel-

konflikte dazu in einem viel zu selbstfixierten Deutschland sind offenkundig.

Wider die populäre Politikverachtung

Es sage niemand, die Akteure von 2008 trügen nicht dazu bei, dass sich mit demonstrativer, manchmal geradezu lustvoller Politikverachtung oft mehr öffentliche Zustimmung erreichen lässt als mit ambitionierten politischen Erwartungen. Viel zu oft fördern Politiker das Klischee, dass es ihnen kaum mehr um das Durchsetzen von Inhalten gehe, sondern ausschließlich ums Ego, um Machterwerb oder –erhalt. Aber auch die Bereitschaft der (von medialer Marktlogik geprägten) Öffentlichkeit ist massiv gesunken, sich mit komplizierten politischen Entscheidungsprozessen kontinuierlich zu befassen.

Selbst kluge realpolitische Kompromisse werden nur machtpolitisch-taktisch interpretiert und/oder kleingeredet. Ein unübersehbarer Qualitätsverlust beim politischen Personal der jeweils nächsten Generation (speziell der ehemals so zweifelsfrei führungsfähigen Volksparteien), der mit weithin fehlender Bereitschaft zum institutionellen Engagement in der Gesellschaft einhergeht, wird etwas unfair allein diesem Personal angekreidet. Menschen, die in Parteien und Parlamenten aktiv sind, verdienen trotz so mancher Konzept- und Darstellungsschwäche mehr Respekt. Gerade weil es zu wenige sind.

Nun scheint aber absehbar, wie sich das Parteiensystem in der Mediengesellschaft weiter entwickelt. Das Verständnis für mühsame innerparteiliche Koalitionsbildungen nimmt weiter ab. Programmdebatten werden nur noch als Streit wahrgenommen. Soweit die Leute zur Wahl gehen, bevorzugen sie die Auswahl zwischen klar unterschiedenen Programmangeboten bzw. Images. Nehmen dafür – objektiv, weniger bewusst – nachgelagert umso komplizier-

tere Koalitionsbildungen in den Parlamenten in Kauf, die dann wieder schnell als Belege für generelle politische Handlungsunfähigkeit kommuniziert werden. Für die Demokratie ist das alles höchst gefährlich. Die scheinbare Individualisierung des Wahlaktes bei gleichzeitiger Kollektivierung des Schimpfens fördert den Populismus im öffentlichen Diskurs weiter. Einen Populismus im journalistischen wie im parteipolitischen Raum.

Allein im Zusammenwirken populärer, unverbrauchter Personen mit einer unterschiedenen, bis in die Mitte hinein begeisterungsfähigen, aber seriösen Programmatik wäre unter solchen Bedingungen politische Aufbruchstimmung zu erwarten. Beim Blick auf die realen Verhältnisse scheint diese Mischung weit weg. Als Normalfall sind weiter farblose Koalitionen zu erwarten, dem Prinzip der Einsicht in die Notwendigkeit geschuldet – eine Einsicht

freilich, die auf die Gesellschaft nie lange ausstrahlt. Niemand ist dann unpopulärer als die Regierung, deren Amtsantritt erst vor kurzem ein diffuser Wahlakt voranging. In der bindungslos-unpolitisch gewordenen Event-Öffentlichkeit besteht der Grundkonsens dann nur mehr darin, enttäuscht zu sein. Ein echter Teufelskreis: Wer mit Kompetenz mag in solchen Verhältnissen Politiker sein?

Erfolgreiche Antworten auf die neuen Richtungsfragen müssen also vor allem eines wieder herstellen: Zutrauen in die Politik. Hoffnung aber auch, die nicht auf populistische Rhetorik hereinfällt. In diesem Sinne braucht das Land neue Entschiedenheit, normative Glaubwürdigkeit. Denn der allgemeine Vertrauensverlust der Politik lässt sich ja auch als Hilferuf aus dem Wahlvolk verstehen. Banal ausgedrückt: dass es bitte nicht egal sein möge, wen man wählt.